

# Fossile Finanzierung stoppen:

## Ökologische Transformation durch institutionellen Wandel und zivilgesellschaftliche Organisierung

von Gerstmayr Tobias, Hirsch Heinrich und Mlinarić Jova

Unsere Gesellschaft hat sich vielen Herausforderungen zu stellen. Die Klimakrise ist jedoch die bedrohlichste für unsere Existenz. Ihre enormen physischen Risiken verschärfen gleichzeitig auch soziale Krisen. Aufgrund fehlender Incentives und mangelnder Verbote werden jedoch weiterhin klimaschädliche Unternehmen von Banken und institutionellen Investoren gewinnbringend finanziert, während das entstehende Risiko der Erderhitzung nicht angemessen eingepreist wird. (Jäger und Schmidt, 2020) Zivilgesellschaftliche Forderungen nach echtem grünen Wandel und einer flächendeckenden Umstrukturierung des Finanzmarkts werden nachgereiht und sind bisher größtenteils gescheitert. Nach Jahren der Proteste gegen die Untätigkeit in Klimafragen bleiben die existierenden hegemonialen Finanzstrukturen aufrecht.

Ein wichtiges Instrument des modernen Kapitalismus bildet der Finanzmarkt, um die Prämissen der Profitmaximierung und eines wachsenden Kapitalkreislaufes aufrechtzuerhalten und zu erweitern. So gewinnt der Finanzmarktkapitalismus auch in klimapolitischen Fragen an Bedeutung. Die EU-Taxonomie, der bescheidene Klimafahrplan der EZB und derzeitige Bestrebungen des sogenannten Green Finance sind Beispiele dafür. Das Ziel der EU ist hierbei "grünes" Wachstum zu fördern. Der Finanzmarkt wird als Werkzeug angesehen, mit richtigen Investitionen aus der Krise herauszuwachsen. Der European Green Deal begegnet dabei jedoch den "greenwashing carbon financiers" mit offenen Armen. Diese können nun weiterhin - unter grünem Deckmantel - klimaschädliche Investitionen tätigen. Die EU ergreift nämlich zahnlose Maßnahmen und erlaubt klimaschädliche "Übergangstechnologien" wie Strom aus Gas (Gabor, 2020).

Die Klimakrise stellt die Weltwirtschaft vor ein weiteres strukturelles Problem. Die Hegemonie des Kapitals über gesellschaftliche Fragestellungen erschwert es, einen Status Quo in Frage zu stellen und sich eine Welt ohne Ausbeutung von klimaschädlichen Rohstoffen vorzustellen. Dieser Beitrag soll das notwendige Zusammenspiel der aktivistischen Klimabewegung und politischen Institutionen im Kampf gegen die Klimakrise hervorheben, um einen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern. So möchten wir aufzeigen, dass gerade diese Übereinkunft der Interessen von Zivilgesellschaft und institutionellen Akteur:innen essentiell ist, um die Auswüchse des fossilen Kapitals einzudämmen und langfristigen Wandel für eine menschenwürdige Zukunft im Einklang mit der Natur zu ermöglichen. Für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft braucht es hegemoniale Verschiebungen durch Druck der Zivilbevölkerung. Die derzeitigen Verhältnisse verhindern allerdings einen konsequenten Übergang zu sauberer Energie und Produktion.

Die Klimabewegung unter Fridays for Future brachte eine große Welle an Politisierung. Fossile Unternehmen und Regierungen waren stets im Fokus der Proteste, das Finanzsystem dahinter blieb jedoch bisher größtenteils vom Aktivismus unangetastet. Zwar finden sich auf vielen Webseiten von Organisationen Überlegungen und finanzpolitische Forderungen, jedoch liegt deren Fokus meist anderswo. Kernorganisationen der Klimabewegung der letzten Jahre, wie Fridays for Future, weisen vor allem auf die Ziele des Pariser Klimaabkommens hin und beziehen sich verstärkt auf Unternehmen, die direkt CO<sub>2</sub> emittieren (Fridays for Future Österreich, 2023). So gab es beispielsweise in Österreich Ende März 2023 bei der European Gas Conference große Proteste vor der OMV Zentrale und dem Veranstaltungsort der Konferenz (STANDARD, 2023). Allerdings gibt es auch eine Nische an Organisationen, die sich direkt der Umstrukturierung des Finanzsystems und ihren Akteuren, wie Geschäfts- und Zentralbanken verschrieben haben. Hier ist ein Ansatz, Kreditinstitutionen direkt anzusprechen und sie dazu zu bringen, bestimmte Industrien nicht mehr zu finanzieren (Urgewald 2021). Parallel dazu werden Policy Maker von zivilgesellschaftlichen Kampagnen auch direkt dazu aufgerufen, klimaschädliche Investitionen durch Änderung der Rahmenbedingungen weniger attraktiv zu machen (Burns, 2021).

Wir beschäftigen uns so mit der Frage, welche Methoden und Forderungen von organisiertem Aktivismus angewandt und gestellt werden, um diese Problematik zu adressieren. Auch möchten wir ausführen, welchen Druck es von unten und innerhalb der Geschäftsbanken benötigt, um die geforderten Änderungen durchzusetzen. Die große Klima-Protestbewegung hat dafür gesorgt, dass dies nun auch auf Tagesordnung zentraler Institutionen steht, wie beispielsweise der EZB. Diese überwacht das Geldsystem und damit die allgemeine Finanzierungs- und Bewertungsstruktur der europäischen Wirtschaft. Dadurch kann ein Umdenken in der EZB zu maßgeblichen Veränderungen führen, die den Grundstein für nachhaltigeres Wirtschaften schaffen. Ob und wie sich die Rolle von Zentralbanken in solchen Krisen ändern soll, ist noch immer umstritten. Sogenanntes "Green Central Banking" erkennt die Bedeutung von Umweltrisiken für die Finanzstabilität und die Wirtschaft als Ganzes an (Dikau et al., 2017). Forderungen wie etwa die Dekarbonisierung von Asset Purchasing Programms und das Derisking von grünen Technologien, können im Rahmen der derzeitigen Möglichkeiten der EZB erste Schritte sein (Tooze, 2019). Jedoch besteht die Gefahr, das dominante Narrativ eines „Grünen Kapitalismus“ weiter zu festigen, wenn dringend notwendige Investitionen dem privaten Sektor anvertraut werden und Staaten in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt werden.

In diesem Beitrag möchten wir die Möglichkeiten und die Notwendigkeit hegemonialer Verschiebungen im Finanzsektor aufdecken und näher analysieren. Dabei ist es unser Ziel, zivilgesellschaftlichen Protest (bottom-up) und institutionellen Wandel (top-down) gemeinsam zu denken und Handlungsmöglichkeiten für beide aufzuzeigen.

Quellen:

Dikau, Simon/Ryan-Collins, Josh (2017):

<https://neweconomics.org/uploads/files/Green-Central-Banking.pdf>

Jäger und Schmidt. 2020. The Global Political Economy of Green Finance: A Regulationist Perspective.

[https://www.mattersburgerkreis.at/dl/musLJMJKONQJqx4KooJK/JEP\\_2020\\_4\\_2\\_J\\_ger\\_Schmidt\\_Global\\_Political\\_of\\_Green\\_Finance\\_Regulationist.pdf](https://www.mattersburgerkreis.at/dl/musLJMJKONQJqx4KooJK/JEP_2020_4_2_J_ger_Schmidt_Global_Political_of_Green_Finance_Regulationist.pdf)

Gabor. 2020. The European Green Deal will bypass the poor and go straight to the rich.

<https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/feb/19/european-green-deal-polish-miners>

Fridays for Future Österreich. 2023. Über uns.

<https://fridaysforfuture.at/ueber-uns>

Urgewald. 2021. NGOs veröffentlichen die „Global Oil & Gas Exit List“ auf der COP 26 in Glasgow.

<https://www.urgewald.org/medien/ngos-veroeffentlichen-global-oil-gas-exit-list-cop-26-glasgow>

Burns. 2021. Call for “one-for-one” prudential capital requirements on fossil fuel financing to prevent an economic crisis.

<https://www.finance-watch.org/press-release/joint-press-release-call-for-one-for-one-prudential-capital-requirements-on-fossil-fuel-financing-to-prevent-an-economic-crisis/>

EZB. 2022. ECB climate agenda 2022.

[https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.pr220704\\_annex~cb39c2dcbb.en.pdf](https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.pr220704_annex~cb39c2dcbb.en.pdf)

STANDARD. 2023. Pfefferspray und Hundestaffel bei Protest gegen Gaskonferenz in Wien.

<https://www.derstandard.at/story/2000144916492/strassenblockade-fuer-mehr-klimamassnahmen-in-innsbruck>

Tooze. 2019. Zentralbanken und Finanzwirtschaft als Klimaretter?

<https://www.boell.de/de/2019/10/31/zentralbanken-und-finanzwirtschaft-als-klimaretter>

Letzter Zugriff jeweils am 29.04.2023